

**„Österreich 2000 – Ungarn 2012: Zwei Staaten im Würgegriff der EU?“
Vortrag vor der Freiheitlichen Akademie, dem Bildungsinstitut der FPÖ
am 19. Juni 2012 im Ballsaal des Wiener Hotel Intercontinental**

Von Jan Mainka

Gestatten Sie mir zunächst einmal, dass ich den, mit dem Titel der Veranstaltungen gesteckte Kontext meiner Ausführungen ein wenig erweitere. Neben der EU gibt es in diesem Spiel nämlich noch weitere Würger. So etwa den IWF, der Ungarn im Verbund mit der EU permanent malträtiert. Genannt werden sollten aber auch die OSZE und die Venedig-Kommission sowie prinzipiell die 68er in Parteien, Medien und wo sie sonst noch untergekommen sind. Auf jeden Fall erwähnt werden müssen schließlich auch noch die Ratingagenturen. Damit sind zumindest die wichtigsten der sichtbareren Akteure genannt.

Insbesondere zur Jahreswende 2011/2012 prügeln sie fast pausenlos auf Ungarn ein. Verblüffend war dabei ihr hervorragend abgestimmt scheinendes Timing. Erst machten die 68er in den westlichen Medien gegen Ungarn Stimmung, dann folgte eine erregte Debatte im EU-Parlament und dann traten plötzlich die Ratingagenturen auf den Plan und stuften Ungarn herab. Das alles wurde dann wieder von der linken Opposition im Lande genutzt, um Stimmung gegen die Regierung zu machen und die westlichen Medien mit neuer Munition zu versorgen. Was für eine abgestimmte Angriffsserie!

Der Vollständigkeit halber sei auch noch ein weiterer auf der Bühne sichtbarer Teilnehmer genannt: Der einfache ungarische Steuerzahler. Er ist der Leidtragende dieses ganzen Kampfes. Schließlich zahlt er am Ende dafür die Zeche. Was glauben Sie, was der ungarische Bürger so alles zusätzlich zahlen muss durch die Verschlechterung unserer Landesbonität und der Wechselkurse, sowie durch die Verteuerung unserer Staatsschuldenfinanzierung. Das alles muss der ungarische Steuerzahler schultern. Genauso brav und stoisch wie die Euro-Zonenbewohner das Griechenland-Debakel auslöffeln müssen.

Es wäre aber zu kurz gegriffen, wenn wir nur die auf der Bühne sichtbaren Akteure nennen würden. Übergehen wir bei unserer Betrachtung auch die unsichtbaren nicht! Zumal diese - meiner Ansicht nach - die eigentlichen Akteure sind. Die anderen, die ich soeben aufgezählt habe – *(an Hans-Christian Strache gewandt) ich bin kein Politiker, ich bin Journalist, ich kann daher deutlicher formulieren* – also Barroso und seine ganze Truppe, sind meiner Ansicht nach nur nützliche Idioten. *(Applaus)*

Sie inszenieren sich als Gutmenschen, denken was Wunder sie alles für prächtige Sachen für Europa und seine Völker fabrizieren und schlittern dagegen von einem Disaster ins nächste. Immer mehr komme ich zur Überzeugung, dass sie einer gewissen Agenda folgen, dass sie gewissen Hintergrundmächten, gewissen Finanzkreisen vor allem in Amerika zur Hand gehen.

Ich kann immer weniger glauben, dass das Euro-Debakel nur ein Zufall, ein ungewollter Betriebsunfall ist. Ich bin Ökonom, mir kann keiner erzählen, dass das „nur so passiert“ ist. Es ist abzusehen, was passiert, wenn man innerhalb eines gemeinsamen Währungsraumes unterschiedliche Inflationsraten beziehungsweise Realzinsen zulässt. Es ist abzusehen, was passiert, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder permanent divergiert. Das sind doch alles keine unberechenbareren hochkomplizierten Prozesse! Erst recht keine überraschenden!

Mitte der neunziger Jahre, als man der Euro-Konstruktion den letzten Schliff verpasste, da gab es bereits Computer, da hätte man das alles auch mal als Modellversuch durchspielen können. Man hätte bloß einmal die genannten, und weitere Parameter in ein System eingeben müssen, um dann zu beobachten, was im Laufe der Zeit passiert, in welche Richtung sich die Prozesse entwickeln. Aber nein, was machen unsere cleveren Politiker? Die machen das gleich einmal im Echtttest. Großartig! *(Heiterkeit)*

Deswegen bin ich überzeugt: entweder sind die Verantwortlichen für das Euro-Debakel völlige Dilettanten. Bar jeglicher ökonomischer Vernunft haben sie das „Euro-Experiment“ in der Praxis gestartet - als etwas anderes kann ich es nicht bezeichnen. In diesem Fall müssten die Wähler entsprechend handeln, und die dafür verantwortlichen Kräfte sofort abwählen und kompetentere Kräfte in die Regierungsverantwortung schicken.

Oder aber, diese Leute haben im Auftrag von gewissen Mächten gehandelt *(Applaus)*, von denen sie auf Bilderberger-Tagungen oder sonst wo instruiert werden. *(Applaus) Jetzt ist es raus das böse Wort. Aber was gesagt werden muss, muss halt gesagt werden. (Heiterkeit)* Sollte das aber der Fall sein, sollte man nachweisen können, dass gewisse europäische Politiker fahrlässig im Interesse nichteuropäischer Interessen gehandelt haben, dann erfüllt das ganz andere Tatbestände. Dann müsste man die dafür verantwortlichen Politiker nicht nur abwählen, sondern auch in anderer Weise zur Verantwortung ziehen! *(Applaus)*

Immer mehr komme ich zur Ansicht, dass es - wie bei den letzten beiden Weltkriegen - wieder einmal darum geht, die europäischen Mittelmächte zu schwächen. Das Euro-Debakel spielt nämlich hervorragend Leuten in die Hände, die ein Interesse an einem schwachen Europa haben. Und ein

schwaches Europa bekommt man automatisch, wenn man die europäischen Mittelmächte schwächt. Dieser Plan wäre zumindest eine plausible Erklärung für das Euro-Debakel. Alle anderen Erklärungsversuche kann ich mit meinem gesunden Menschenverstand nicht nachvollziehen. *(Applaus)*

Also, diese Akteure im Hintergrund muss man kennen, dann versteht man von der merkwürdigen europäischen Wirklichkeit ein wenig mehr, wenn nicht gar alles. Ohne die Berücksichtigung der Interessen gewisser Finanzkreise, ist hingegen vieles nicht zu verstehen. Warum schleppt sich die Lösung des Falles Griechenland so lange hin? Warum wurde so lange gewartet bis auch die letzte französische und deutsche Bank ihre Schäfchen im Trockenen hatte, und das Ausfallrisiko dem Steuerzahler überantwortet war? Auch die europäischen Banken haben einen großen Anteil an dem ganzen Problem-Komplex...

Aber ich möchte jetzt nicht noch weiter abschweifen, denn das eigentliche Thema heißt ja Ungarn und Österreich Würgegriff der EU. Wahrscheinlich in Vorbereitung auf das Thema "Österreich erneut im Würgegriff der EU", was sicher kommen wird, sollte es die FPÖ erneut an die Regierung schaffen. Aller guten Dinge sind drei, wahrscheinlich auch aller schlechten. Die Leute lernen einfach nicht aus ihren Fehlern. Sollte es wieder dann dazu kommen, ist es natürlich nützlich, aus dem reichen Erfahrungsschatz zu lernen, den uns beide bisherige Fälle bieten, also Österreich 2000 und Ungarn 2010 bis ... Bei uns ist es leider nicht innerhalb von ein paar Monaten getan gewesen, bis heute bekommen wir vom internationalen Finanzkapital und seinen europäischen Handlangern massiven Druck.

Die Erregungskurven, die Reaktionsmechanismen sind bei beiden Würgegriff-Aktionen sehr ähnlich. Wenn man sie kennt, dann kann man sie in seine Handlungen mit einplanen. Dann kann man bei erneuten Angriffen den Wind etwas aus den Segeln nehmen und seine Kommunikation entsprechend gestalten. Es geht hier übrigens viel um Kommunikation. Mit einer guten Kommunikation kann man sehr viel Schaden abwenden und Schlimmeres verhindern.

Im Folgenden möchte ich Ihnen ohne Anspruch auf Vollständigkeit eine Aufzählung von sieben Dingen präsentieren, mit denen sich Orbán bei der EU unbeliebt gemacht hat und noch immer macht. Also sozusagen ein kleines Einmaleins, wie man sich bei der EU unbeliebt macht: *(Heiterkeit)*

1. Eine grundlegende Sache: Orbán tritt selbstbewusst auf. Er lässt sich nicht die Wurst vom Brot nehmen. Er äußert Gedanken, wie beispielsweise „Ich bin ein demokratisch gewählter Ministerpräsident, aber, liebe EU-Kommission, wer hat Dich denn gewählt?“ *(Heiterkeit, Applaus)*

Nicht nur beim Geißeln der Demokratiedefizite der EU nimmt Orbán kein Blatt vor den Mund. Er sagt auch sonst, was ist. Das ist natürlich sehr unangenehm für Leute, die glaubten, sie hätten die europäischen Bürger schon im Sack. Plötzlich kommt da so ein Mann wie Orbán und spricht ein paar Wahrheiten aus. So ein Mann muss doch niedergemacht werden! *(Heiterkeit, Applaus)*

Orbán tritt mit einem gesunden Selbstbewusstsein gegenüber der EU auf. Aber auch gegenüber Organisationen wie dem IWF. Zu seinen ersten Maßnahmen nach seinem Amtsantritt gehörte im Sommer 2010, dass er die Verhandlungen mit dem IWF abbrach. *(Applaus)*

Er hatte damals gesehen, dass die Kassen leer waren. Das war ein böses Erwachen. Die Kassen waren wesentlich leerer als er befürchtet hatte. Daher musste er schnell zu entschiedenen Maßnahmen greifen, um das Budget 2010 zu retten. Dem einfachen Bürger konnte er nicht mehr in die Tasche greifen, das hatten die Sozialisten acht Jahre lang zur Genüge getan.

Was also blieb? Er musste sich an die Vermögenden wenden. So wandte er sich etwa mit einer Krisensondersteuer auch an die Banken. Hätte Ungarn damals weiter nach der Pfeife des IWF getanzt, dann hätte er das wahrscheinlich nicht tun können. Also brach er die Verhandlungen mit dem IWF ab und bat die Banken zur Kasse, die bis dato ein wunderbares Leben in Ungarn gehabt und prächtig verdient hatten. *(Applaus)*

Auch sonst legte er gegenüber den Banken keinerlei überflüssigen Respekt an den Tag. Bei dem schmutzigen Thema mit den Devisenkrediten, wo Leuten unter Verschweigen aller Risiken Fremdwährungskredite aufgeschwatzt worden waren, unter anderem von der ungarischen Tochter der österreichischen Raiffeisenbank, die hier gleich um die Ecke ihre Zentrale hat. Nachdem die Kreditnehmer durch eingetretene Wechselkursverschlechterungen massive Probleme bekamen, ihre Kredite zu bedienen, beteiligte Orbán die Banken gnadenlos an der Beseitigung des entstandenen Schadens und griff ihnen tief in die Tasche, warum auch nicht! *(Applaus)*

Orbán lässt sich von den Banken nicht wie eine Marionette herumführen wie etwa die deutsche Kanzlerin Merkel, die nicht nur in der Euro-Frage voll nach der Pfeife der Banken tanzt. Orbán ist anders, er tanzt nach der Pfeife seiner Wähler. Das ist gut für Ungarn, aber schlecht für die Banken und deren Eurokraten, in deren Konzepten so ein renitentes Verhalten nicht vorkommt.

Orbán ist für diese Leute höchst unangenehm, weil er handelt, wie im Interesse der Bürger gehandelt werden muss und weil er sagt, was er denkt. Das ist natürlich in einem Kreis von Leuten, die vor allem das sagen, was andere denken - wobei ich hier nicht in erster Linie an die Wähler denke, sondern eher

an das hässliche Wort von vorhin, also etwa an Bilderberger und Co. In einem solchen Kreis gilt natürlich ein Mann wie Orbán als Nestbeschmutzer.

Und Orbán ist kein Irgendjemand: er hat die stärkste Legitimation eines Ministerpräsidenten innerhalb der EU. Er ist also nicht ein Nigel Farage, den man wie einen kleinen Hofnarren vom Tisch wischen kann. Er kann sich in seinem Lande auf eine starke Mehrheit stützen und er wird, wenn er keine groben Fehler macht, auch noch 2014 und vielleicht sogar 2018 Ungarns Ministerpräsident bleiben. *(Applaus)*

Mit dem bewiesenen Rückgrat und der Treue zu seinen Wählern und seinem Volk hat er sich im Kreise der Eurokraten denkbar unbeliebt gemacht, und würde sich wahrscheinlich auch eine FPÖ unbeliebt machen.

2. Orbán tritt sehr nationalbewusst auf. Zu den Grundfesten seiner Politik gehört neben der hohen Wertschätzung für produktive Arbeit auch das Primat des nationalen Interesses.

Bei der Abstimmung über den Fiskalpakt Anfang des Jahres hatte Orbán gesagt, es könnte sein, dass Ungarn hier zustimmen werde, er müsse dazu aber erst einmal das Parlament konsultieren. Da waren plötzlich alle wie aus dem Häuschen. Das ging ja nun gar nicht, zumindest aus der Perspektive von Leuten mit einem so gestörten Demokratieverständnis wie Juncker. *(Heiterkeit)*

Aber Orbán macht nun einmal Politik für die Interessen seines Volkes, dazu gehören auch gewisse demokratische Spielregeln. *(Applaus)*

Ich wage zu behaupten, dass uns, wenn wir in Deutschland in den entscheidenden Jahren, als der Euro ausgeformt wurde, einen Politiker vom Format eines Orbán gehabt hätten, uns das ganze Euro-Debakel erspart geblieben wäre. Dann hätten wir jetzt entweder noch die Deutsche Mark, oder einen gut funktionierenden Euro. *(Applaus)*

Orbán tritt nationalbewusst auf. Damit dürfte er innerhalb des hier versammelten Kreises sicher kein Problem haben, in einem Europa hingegen, in dem nationale Verbundenheit als eine Art Krankheit, als etwas Gestriges betrachtet wird, als etwas, das gefälligst abzusterben habe, da ist das natürlich nicht grade etwas, womit man sich bei Politikern vom Schlag eines Juncker oder einer Kroes beliebt macht. *(Heiterkeit, Applaus)*

3. Eintreten für eine nationale Nationalbank. Seit gut einem halben Jahr haben die EU und der IWF - man kann die beiden kaum noch auseinanderhalten, weil sie immer mit einer Stimme sprechen - Ungarn wegen seines Notenbankgesetzes in der Mangel. Gegenstand der Erpressung ist ein Vorsichtskreditabkommen, das Ungarn im Interesse seiner weiteren finanziellen Stabilität gerne mit dem IWF und der EU abschließen würde.

Übrigens, für das Arrangieren eines ähnliches Kredites in ähnlicher Höhe brauchte die sozialistische Regierung unter Ferenc Gyurcsány einige Wochen nach der Lehman-Pleite im Herbst 2008 nur wenige Tage – so viel zum angeblichen Interessengegensatz zwischen Linken und dem internationalen Finanzkapital. Eine echte konservative Regierung hat es da freilich nicht so einfach. Seit Ende letzten Jahren bemüht sich die Orbán-Regierung bei den genannten Organisationen vergeblich um den Abschluss eines entsprechenden Kreditvertrages. Sechs Monate waren nicht einmal genug, um überhaupt mit den Verhandlungen zu beginnen!

Gegenstand der Hinhaltetaktik ist unter anderem Ungarns neues Notenbankgesetz. Seit über einem halben Jahr steht es in der Schusslinie von EU und IWF. Immer neue Details werden zum Gegenstand teils heftiger Auseinandersetzungen. Mal geht es um die Besoldung des Notenbankpräsidenten, mal um die Größe des Notenbankrates.

In all den Diskussionen vertritt die Orbán-Regierung prinzipiell den Standpunkt, dass die Nationalbank auch wirklich eine nationale Bank ist. Nicht von ungefähr heißt sie ja bei uns Magyar Nemzeti Bank, also deutsch: Ungarische Nationalbank - in ihrem Namen wird also gleich zwei Mal auf die Verortung beim ungarischen Staatsvolk hingewiesen. Nicht nur dem Namen nach ist sie zu allererst den Interessen des ungarischen Volkes verpflichtet und dann erst allem anderen. Das will Orbán einfach nur bewahren beziehungsweise stärken. Dazu wollte er unter anderem eine gewisse Transparenz gegenüber der Regierung durchsetzen. Mit dieser „unerhörten Absicht“ biss er bei internationalen Finanzkreisen jedoch auf Granit.

Bei der Diskussion ging es sogar darum, ob der Präsident der ungarischen Nationalbank seinen Eid auf die ungarischer Verfassung ablegen darf. So weit wollte man uns hineinreden! Das müssen Sie sich einmal vorstellen! Aber ich frage Sie, worauf soll dieser Mann denn sonst seinen Eid ablegen? Etwa auf das Statut der Bilderberger, oder gleich auf das der Federal Reserve? - um einen weiteren Hintergrundakteur zu nennen... *(Heiterkeit, Applaus)*

Übrigens ganz interessant: in der Frage Eides hat die ungarische Regierung nicht nachgegeben. Da konnte ihr auch niemand etwas mit irgendwelchen europäischen Grundwerten oder ähnlichen Dingen, die in Konfliktsituationen gerne als Argument benutzt werden, um ein Einlenken des politischen Gegners zu erzwingen. Und siehe da, bisher sieht es so aus, als könnte sich die ungarische Regierung bei der Frage des Eides durchsetzen. Zumindest ein kleiner Teilsieg.

Fazit: Wenn man versucht, an der nationalen Verwurzelung der Nationalbank festzuhalten, hat man mit Brüssel ein Problem. Darauf kann man sich ganz fest einstellen. *(Heiterkeit)*

4. Damit kommen wir gleich zum nächsten Punkt: Getroffene Hunde bellen.

Ich vermute, dass die heftigen Reaktionen Brüssels gegenüber Ungarn auch damit etwas zu tun haben könnten, dass Brüssel wegen seiner eigenen Fehler überscharf auf die vermeintlichen Fehler anderer Länder reagiert.

Während man selber die Unabhängigkeit der EZB und der nationalen Notenbanken des Euroraumes ausgehebelt hat - dort herrscht ja inzwischen das Diktat der Eurokraten und der Südländer, weshalb ja auch der Vertreter Deutschlands im EZB-Rat, Jürgen Stark, zurückgetreten war, als im Mai 2010 der vertragswidrige Ankauf von Schrottpieren notleidender Staaten seinen Anfang nahm - spielt man sich nach außen hin als großer Bewahrer der Unabhängigkeit von Nationalbanken auf.

Um die Unabhängigkeit der europäischen Notenbanken und der EZB ist es inzwischen geschehen. In so einer Situation kommt es natürlich beim Publikum prächtig an, wenn man sich jetzt als Verteidiger der Unabhängigkeit anderer Notenbanken in Szene setzen kann. Was für eine Scheinheiligkeit und Verlogenheit! (*Applaus*)

Ähnlich gelagert ist auch die Problematik der Presse- und Meinungsfreiheit. Wenn es etwas in Deutschland oder Österreich nicht gibt, dann ist es Presse- und Meinungsfreiheit. (*Applaus*)

Aber auch hier gefallen sich die Meinungsbildner in den genannten Ländern prächtig dabei, auf der Situation in Ungarn herumzuhacken... Wobei ich hier vorsichtig sein muss, denn es kann sich ja auch alles nur um ein Missverständnis handeln, um eine Definitionsfrage. Die Linken verstehen ja unter Meinungsfreiheit etwas anderes als wir. Sie verstehen darunter einen Zustand, in dem sie eine völlige Deutungshoheit über die öffentliche Meinung haben, wobei ihnen ein gewaltbereiter linker Mob und eine ihnen teilweise willfährig ergebene Polizei und Staatsanwaltschaft zuarbeiten.

Wenn das gegeben ist, wenn sie eine völlige Hoheit über die veröffentlichte Meinung und die Deutung von politischen und geschichtlichen Tatsachen haben, dann sprechen sie von Presse- und Meinungsfreiheit. Und in diesem Sinne haben sie dann auch gar nicht so ganz unrecht, wenn sie das Fehlen von Presse- und Meinungsfreiheit in Ungarn anprangern. Stimmt, eine Presse- und Meinungsfreiheit in ihrem Sinne gibt es bei uns tatsächlich nicht! Bei uns kann nämlich jeder (!) frei seine Meinung sagen, nicht nur die Linken! (*Applaus*)

Ohne, dass er oder sie Angst haben müssen, ihren Job zu verlieren, wie etwa in Deutschland Thilo Sarrazin nach seinem aufschlussreichen ersten Bestseller. Da musste nur einmal Kanzlerin Merkel verlautbaren, das Buch wäre „nicht hilfreich“ und schon war der Autor seinen Job bei der Bundesbank los. Wenn sogar ein so prominenter Denker derart gemaßregelt werden kann, dann habe

ich keinerlei Illusionen, was in der BRD tagtäglich mit weniger bekannten kritischen Bürgern passiert.

So etwas gibt es bei uns in Ungarn nicht. Bei uns kann jeder Bürger oder Beamte zu allen möglichen Themen, zu rechten, linken, grünen, okkulten oder sonstigen Themen Artikel und Bücher veröffentlichen, ohne sich Sorgen darüber machen zu müssen, anschließend von deren Tantiemen leben zu müssen oder einen Teil davon in Maßnahmen zum Schutz seiner körperlichen Unversehrtheit stecken zu müssen.

Was für ein Humbug zu behaupten, die Pressefreiheit wäre bei uns in Ungarn abgeschafft. Sehen Sie sich doch nur einmal unsere linke Presse an! Die ist so etwas von regierungskritisch! Es kann alles gesagt werden und wird auch gesagt. Mir ist trotzdem kein Fall bekannt, dass ein Linker wegen seiner Meinung zusammengeschlagen worden wäre oder dass Brandanschläge auf Druckereien verübt worden wären, in denen regierungskritische Zeitungen gedruckt werden. Aus Deutschland kenne ich solche Fälle. Aber nicht aus Ungarn. Wir in Ungarn haben eine echte Presse- und Meinungsfreiheit, während es in Deutschland und Österreich nur eine eingeschränkte oder sagen wir: eine linke Presse und Meinungsfreiheit gibt. Hier können sich zwar alle möglichen Linken wie Fische im Wasser fühlen, nicht aber Andersdenkende. *(Applaus)*

Und in dieser Situation wird Ungarn permanent wegen seiner angeblichen Einschränkung der Presse und Meinungsfreiheit gemäßregelt! Gerade eben erst, am 16. Juni hat die österreichische Journalistengewerkschaft GPA beim Staatssekretär Wolfgang Waldner im österreichischen Außenministerium eine entsprechende Petition abgegeben, 1.500 Leute haben sie unterschrieben. In dieser Petition wird gegen die Einschränkung der Pressefreiheit protestiert, und jetzt halten Sie sich fest: der Pressefreiheit in Ungarn und nicht in Österreich! Wo leben denn solche Leute, die so einen Unfug unterschreiben? In welcher Realität sind sie zuhause? Kommt die österreichische Polizei bei der Drogenbekämpfung nicht mehr nach? *(Heiterkeit, Applaus)*

Aber nichts gegen Österreich, die gleiche groteske Vorstellung bot Anfang Februar dieses Jahres auch der deutsche Journalistenverband DJV. Da kann ich nur sagen: wer im Glashaus sitzt... Aber, wie gesagt, das ist halt Ansichtssache. Nur, den Verdacht, dass bei solchen Aktionen möglicherweise auch das schlechte Gewissen bezüglich den Dingen im eigenen Haus eine Rolle spielt, kann ich nicht loswerden.

Ebenso könnten auch die Überreaktionen bei der Defizitfrage durch eigene Defizite befördert sein. Dazu ein aufschlussreiches Beispiel: Während Spanien mit einem deutlich höheren Defizit Mitte März großzügig eine Übergangsfrist gewährt wurde, bekam Ungarn die volle Härte Brüssels zu spüren: meinem

Land wurde angedroht, knapp 500 Millionen Euro an Kohäsionsgeldern einzufrieren. Und das nicht etwa wegen eines Defizits, das deutlich über dem spanischen gelegen hätte, sondern wegen sage und schreibe 0,25 Prozent vermuteter (!) Überschreitung der Drei-Prozent-Marke im kommenden Jahr. Mit Verlaub: hier wird mit zweierlei Maß gemessen!

Fazit: Gewisse Reaktionen erklären sich aus eigenen Defiziten der Angreifer.

5. Echter Schuldenabbau. Mit Blick auf die eben erwähnte Tatsache scheint es zwar widersprüchlich, aber dennoch bin ich auch der Meinung, dass es in Brüssel oder woanders nicht gut ankommt, dass es Orbán mit dem Schuldenabbau ernst meint, viel ernster als die anderen EU-Länder. Manchmal glaube ich, dass es gewollt ist, dass fast alle europäischen Länder bis über die Halskrause in Schulden stecken, sich zum Nutzen anderer in Ketten gelegt haben.

Wenn so starke Industrienationen wie Deutschland ihre Schulden wirklich loszuwerden wollten, dann könnten sie es doch tun! Wir haben in Deutschland eine relativ gute konjunkturelle Situation und daher eine gute Steuersituation. In einer solchen Situation könnte doch die Neuverschuldung erheblich reduziert, wenn nicht gar auf Null gefahren werden. Wenn wir angeblich so leicht auf dem Markt preiswerte Kredite aufnehmen können, dann könnten wir doch, statt sie dem maroden Griechenland in den Rachen zu werden und damit letztlich nichts Nachhaltiges zu bewirken, erst einmal unser eigenes Haus in Ordnung bringen! *(starker Applaus)*

Oder nehmen Sie einmal die Sache mit den Ratingagenturen! Von Seiten der ungarischen Regierung wurde mehrfach deutlich betont, dass es nicht angehe, dass man in Europa von der machtpolitisch gefärbten Meinung von angelsächsischen privaten Instituten permanent malträtiiert werde.

Wir brauchen endlich eigene europäische Ratingagenturen. *(Applaus)* Wir haben unabhängige europäische Gerichte und andere EU-Institutionen, aber zu einer vernünftigen Ratingagentur soll es bei uns nicht reichen? Ist das nicht merkwürdig? Übrigens ist Ihnen schon einmal aufgefallen: Immer wenn mal wieder ein westeuropäisches Land von einer Ratingagentur gemäßregelt worden ist, gibt es stets ein-zwei unverzagte europäische Politiker, die die Aufstellung einer europäischen Ratingagentur fordern. Diese Idee äußern sie ein-zwei Tage, danach ist wieder Ruhe. *(Heiterkeit)* Ja warum wohl?! Das kann mir doch keiner sagen, dass wir Europäer so impotent wären, dass wir keine eigene Ratingagentur hinbekämen! *(Heiterkeit, Applaus)*

6. Agenda-Diebstahl. Auch der sechste und vorletzte Punkt hört sich zunächst etwas widersprüchlich an: Orbán wird von den Linken deshalb nicht so richtig

gemocht, weil er ihnen teilweise die Agenda stiehlt. Sehen wir uns doch einmal genauer an, was er macht! Er macht Politik für den normalen Wähler, für den kleinen Mann. Orbán verstaatlicht strategische Unternehmen und fährt den Banken, gewissen Multis und internationalen Finanzorganisationen in die Parade. *(Applaus)*

Das ist doch im Grunde genommen linke Politik. Für solche Ideen lassen sich Globalisierungsgegner auf G-X-Treffen von der Polizei mit Tränengas beatmen! Das Problem ist bloß, Orbán redet nicht nur über solchen Ideen wie die Linken, die sobald sie in Regierungsverantwortung sind, eine ganz andere Politik verfolgen, siehe etwa die finanzkapitalfreundlichen Gesetzesänderungen der linken Schröder-Regierung in Deutschland, die den später so gescholtenen Finanzheuschrecken bereitwillig das Bett bereitet haben. Auch gegenüber Besserverdienern ist Schröder beileibe nicht so aufgetreten, wie man es von einem linken Kanzler erwartet hätte. Orbán ist dagegen anders: Er will den einfachen Wählern nicht nur verbal helfen, er hilft ihnen auch ganz praktisch! *(Heiterkeit, Applaus)*

Ich weiß nicht, ob sich Cohn-Bendit & Co. darüber im Klaren sind, was Orbán tatsächlich macht. Orbán setzt teilweise linke Politik um. Aber, wahrscheinlich sind sich Cohn-Bendit und Konsorten vielleicht sogar sehr genau darüber im Klaren und bekämpfen die Orbán-Regierung deswegen so vehement.

7. Gefährliche Impulse bezüglich der Erneuerung der Demokratie. Speziell zu diesem Punkt hatte ich bereits am 30. März dieses Jahres im Alten Wiener Rathaus einen gesonderten Vortrag gehalten. Wer mir im Anschluss seine E-Mail-Adresse gibt, dem übersende ich gerne die wörtliche Niederschrift dieses Vortrages. Im Telegrammstil möchte ich jetzt an dieser Stelle nur kurz die wichtigsten Ansätze zur Erneuerung der Demokratie beschreiben, die es bei uns in Ungarn gibt:

A. In Ungarn wird bei den Politikern die Kluft zwischen Verantwortung und Haftung verringert. Die Politiker müssen für die durch sie verursachten Schäden geradestehen, auch strafrechtlich. Ich denke, das ist ein sehr guter Ansatz. *(Applaus)*

Er hätte uns möglicherweise vor dem Euro-Debakel und vor dem jüngsten Streich, der Schaffung des ESM bewahren können. Wenn die Politiker, die sich jetzt für den ESM stark machen, wüssten, dass sie für ihre Entscheidung eventuell mit ihrem Vermögen gerade stehen müssen, ich glaube, dann würden sich einige ganz genau überlegen, ob sie sich für so etwas hergeben. *(Heiterkeit, Applaus)* Ein schöner Traum, aber ach, nur ein Traum...

B. In Ungarn wird ein radikaler Kampf gegen die Staatsverschuldung geführt.

Nur unverschuldete oder zumindest nur zu einem gesunden Maß verschuldete Staaten sind souverän und können überhaupt von Demokratie sprechen. In Griechenland, der Wiege der Demokratie, gibt es bereits keine Demokratie mehr. Dort wird inzwischen so getanz und so gewählt wie die Eurokraten befehlen...

Ziel des Kampfes gegen die Staatsverschuldung ist die Wiedergewinnung der Souveränität. Denn was nützt die schönste Demokratie, wenn eine demokratisch gewählte Regierung infolge von Finanzzwängen kaum noch eigene Entscheidungsfreiheit besitzt?

C. In Ungarn wurden viele Maßnahmen zum Schutz des Volksvermögens ergriffen.

In der neuen Verfassung gibt es etwa einen sehr interessanten Wirtschaftsteil, in dem neben der Einrichtung einer Schuldenbremse auch der Schutz des Volksvermögens festgeschrieben ist. Diese Regelung hat zum Ziel, dass es nicht noch einmal zu einem solchen Privatisierungsexzess kommen kann wie vor allem unter der sozialistischen Horn-Regierung (1994-1998), wo versucht wurde, nahezu alles zu verkaufen, was einen Käufer fand. Klar, nur wo Geld fließt, kann auch etwas in die eigenen Taschen fließen. Eine starke Demokratie braucht aber nicht nur gesunde Staatsfinanzen, sondern auch einnahmegernerendes Vermögen in Form von Staatsgütern und florierenden Staatsunternehmen.

D. Die Orbán-Regierung macht Politik für das eigene Volk.

Demokratie kommt ja von Demos, also von Volk, wobei die Erfinder des Begriffs sicherlich an das eigene Volk dachten. Auch hier setzt die Regierung Orbán bemerkenswerte Akzente. Die Betonung des nationalen Interesses ist eine weitere Richtschnur ihres Handelns. Alles ist gut, sofern es der eigenen Bevölkerung dient. Ebenso gilt der Umkehrschluss.

Wenn man in der Bundesrepublik gleichermaßen konsequent eine Politik fürs Volk gemacht hätte wie derzeit bei uns in Ungarn, dann habe ich meine Zweifel, ob uns Deutschen das mit dem Euro genauso passiert wäre. (*Applaus*)

In der Bundesrepublik wird immer nur geschaut, was den Franzosen, Amerikanern etc. gefällt. Letztendlich haben wir jetzt den volkswirtschaftlich schädlichen Euro und zahlen am Hindukusch mit dem Blut junger Deutscher für eine verfehlte amerikanische Außenpolitik.

Oder nehmen wir die ganzen Geldabflüsse. Wie kann ein Land mit Kommunen, von denen sich immer mehr in einer sehr prekären finanziellen Situation befinden, noch immer den Zahlmeister der Welt spielen! Während wir

Milliarden für das Ausland haben, zerfällt in der Bundesrepublik zusehends die eigene Infrastruktur.

E. Offene Parteienlandschaft. In der BRD hatten wir 1983 die letzte Partei, die es als Neugründung geschafft hatte, in den Bundestag zu kommen: das waren die Grünen. Seitdem wird die deutsche Politik immer von den gleichen Parteien gestaltet. In Ungarn wurden vor zwei Jahren zwei unfähige Parteien abgewählt, und kamen stattdessen zwei neue Parteien ins Parlament. Ein wunderbarer Vorgang, bei uns in Ungarn lebt die Parteiendemokratie! *(Applaus)*

In der BRD sind nicht einmal Parteien in Sicht, die eine inhaltliche Alternative zum Angebot der etablierten Parteien bieten würden.

(An Hans-Christian Strache gewandt) Sie können gar nicht dankbar genug sein, dass Sie es geschafft haben, trotz des immensen Drucks der Systemparteien in Österreich als alternative Inhaltspartei zu überleben. Auf ihnen lastet eine große Verantwortung. In Deutschland haben wir keine so komfortable Situation. Dort haben wir einen dermaßen geschlossenen Parteien-Club, der keine neuen Mitglieder zulässt. Schon gar keine mit einem alternativen Inhalt.

Jetzt war der Druck so groß, dass die deutschen Systemparteien quasi als Ventil die Piraten vorgeschickt haben, eine für die etablierten Parteien völlig ungefährliche Spaßpartei. Sie ist frei von seriösen Inhalten. Ihre wenigen programmatischen Ansätze laufen auf die Legalisierung von Diebstahl hinaus, es sind halt echte Piraten! Wenn es so weitergeht, werden sie es vielleicht sogar in den Bundestag schaffen.

Gut, zum Wählerfrustablassen ist die Spaßpartei sicher ein gutes Mittel, aber mehr auch nicht. Und da gibt es doch tatsächlich deutsche Publizisten, die allen Ernstes behaupten, dass die plötzlich auftauchenden Piraten ein wunderbarer Ausdruck der Leistungsfähigkeit unserer Parteiendemokratie wären. Was für ein Nonsens! Das Gegenteil ist der Fall: Es ist ein riesiges Armutszeugnis, dass die vielgepriesene deutsche Parteiendemokratie in einer Situation, in der die Systemparteien an fast allen Frontabschnitten gewaltig versagen, zu nichts besserem in der Lage ist, als diese völlig unnütze und überflüssige Partei hervorzubringen. *(Applaus)*

Also, *(an Hans-Christian Strache gewandt)* versuchen Sie unbedingt Ihre Position zu halten und auszubauen. Wenn Europa aus dem Euro-Schlamassel herauskommen will, dann brauchen wir nicht zuletzt alternativ denkende Inhaltsparteien wie die FPÖ. *(Applaus)*

F. Presse-und Meinungsfreiheit. Ohne diese ist eine wirklich Demokratie nicht vorstellbar, können anstehende Probleme nicht optimal gelöst werden. In

Ungarn kann frei und offen über alles diskutiert werden. Weiter oben hatte ich mich bereits eingehend zu diesem Thema geäußert.

G. Gewaltfreier politischer Diskurs. In Ungarn kann alles gesagt werden, zu allen möglichen Themen können Kundgebungen abgehalten werden, können Bücher veröffentlicht werden, ohne sich Angst vor einem gewaltbereiten politischen Mob machen zu müssen, meistens linker Provenienz.

Wer heutzutage etwa in Deutschland einen guten Job hat und Familie, der überlegt es sich sehr gründlich, ob er jenseits des von den Linken tolerierten Mainstreams politisch aktiv wird. Das können vielleicht Menschen wie Thilo Sarrazin ohne Sorgen machen, die bereits Karriere gemacht haben, und zur Not auch das nötige Kleingeld für Bodyguards erübrigen können. Alle anderen nehmen aber große Risiken auf sich, wenn sie sich politisch betätigen wollen und dabei Ansichten vertreten, die den linken Meinungswächtern nicht genehm sind.

Wenn man aber seine eigenen Aussagen stets daraufhin überprüfen muss, ob sie nicht irgendwelche Extremisten auf den Plan rufen könnten, kann von einer echten Meinungsfreiheit nicht mehr die Rede sein. Als normaler konservativer Bürger muss man in der BRD immer mit der Angst leben, dass man vom linken Gesinnungsmob jederzeit zum Nazi abgestempelt werden kann - mit den üblichen Folgeerscheinungen. Einfach nur frei seine Meinung zu sagen, kann schon gefährlich sein. Ich würde hier vor Ihnen bestimmt nicht so offen sprechen, wenn ich für eine BRD-Zeitung tätig wäre und in der BRD leben würde. Zum Glück lebe ich aber in einem freien Land und kann daher hier vor Ihnen ohne Bedenken frei meine Meinung äußern. (*Applaus*)

H. Innovative ungarische Politik. Das geflügelte Wort der deutschen Bundeskanzlerin von der Alternativlosigkeit so vieler Entscheidungen kommt in Ungarn nicht vor oder zumindest nicht so häufig. Immer wieder werden bei uns in scheinbar aussichtslosen Situationen mit viel Kreativität und Pioniergeist interessante Lösungen geboren. Gut, darunter gibt es auch etlichen Unsinn und einige Schnapsideen, bei denen es nichts schönzureden gibt. Aber halt auch viel Sinnvolles.

Lassen Sie mich ein kleines Beispiel für eine gute Idee anbringen, damit Sie sehen, was ich meine: Als ruchbar wurde, dass in staatlichen Positionen tätige Personen, die eher zum sozialistischen Spektrum zählen, sich vor der Abwahl der Sozialisten im Mai 2010 über horrenden Abfindungen noch einmal so richtig die Taschen gefüllt hatten, hatte die Regierung bei uns einfach eine Sondersteuer in Höhe von 98 Prozent auf alle Abfindungen über 2 Millionen Ft. eingeführt und schon war das Problem vom Tisch. Das nenne ich Kreativität!

Mit solch einem frischen, unverstellten Herangehen könnten wir vielleicht sogar die Euro-Misere lösen. (*Applaus*)

Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen im zweiten und letzten Teil eine kurze Ideensammlung präsentiere, die sich aus der ganzen Problematik ergibt und die von Ihrer Partei vielleicht sogar programmatische Berücksichtigung finden könnte.

1. Europa muss wieder auf einen klaren, funktionierenden und vernünftigen Kern reduziert werden. Zu diesem Kern zähle ich den Euro nicht. Die europäische Kunstwährung hat ihren Praxistest nicht bestanden. Nicht nur wirtschaftlich. Das Projekt Europa war von seinen Gründern ursprünglich als friedensstiftende Maßnahme erdacht worden. Und was haben wir heute? Heute haben wir den größten Unfrieden unter den europäischen Ländern seit '45! Dank des famosen Euros! (*Großer Applaus*)

Der Euro funktioniert nicht. Das müsste endlich von den Entscheidungsträgern eingesehen werden! Statt immer weitere kosmetische Maßnahmen in die Wege zu leiten, sollten sie daher lieber über Wege zur Wiederherstellung des ursprünglichen oder eines anderen, besseren Zustands nachdenken.

Im Übrigen kann ich in diesem Zusammenhang die Begeisterung der Euro-Befürworter nach den jüngsten griechischen Wahlen nicht verstehen. Dort hat die Partei Nea Dimokratia knapp den Wahlsieg errungen und kann jetzt eine Regierung bilden. Na und! Was ist damit gewonnen? Hat ND-Chef Samaras gesagt, er möchte nach seinem Wahlsieg sofort die Löhne um etwa 30 Prozent kürzen. Hat gesagt, dass er den ganzen nicht finanzierbaren sozialromantischen Unsinn mit Frühberentung, 13. und 14. Gehältern und so weiter über Bord kippen will? Hat er gesagt, dass er den Beamtenapparat drastisch verschlanken und die Privilegien verschiedener Berufsstände streichen wird? Das alles hat er natürlich nicht gesagt, sonst wäre er nicht gewählt worden. Es bleibt also in Griechenland mal wieder alles beim Alten.

Er hat nur sagt, dass es sparen will und gewisse Reformen weiter vorantreiben möchte. Na gut, das haben seine Vorgänger auch gesagt. Und gehandelt haben sie mit so viel Erfolg, dass die Troika regelmäßig vor lauter Begeisterung durch die Decke geht. Also, die Probleme mit Griechenland und den anderen Krisenländern sind nach wie vor ungelöst. Die Euro-Frage ist weiterhin offen und sollte schnellstmöglich gelöst werden.

2. EU-Subvention-Politik. Im Fall von Ungarn hat man jetzt einmal deutlich gesehen, wozu EU-Subventionen noch dienen können. Sie können auch für Erpressungen genutzt werden, um gewisse politische Forderungen

durchzudrücken, denn um die 0,25 Prozent Defizitüberschreitung kann es bei dem Erpressungsversuch mit den Kohäsionsgeldern wahrscheinlich schwerlich gegangen sein.

Am Anfang wurden diese EU-Gelder wiederum als Schmiergeld und Betäubungsmittel genutzt, um im Vorfeld des ungarischen EU-Beitritts jegliche kritische Diskussionen platt zu machen. Immer wieder hieß es damals: „Ja, wenn Ungarn erst einmal EU-Mitglied sind, dann fließen unermessliche EU-Gelder, dann fließt Honig vom Himmel!“ Wer konnte dagegen schon etwas sagen!

Ich werde insbesondere nach dem jüngsten Erpressungsversuch mit den Kohäsionsgeldern den Verdacht nicht los, dass die Fördergeldpolitik abgesehen von durchaus begrüßenswerten Teilaspekten auch solche Hintergedanken hat. Die Gelder werden durchaus auch zur Erpressung eingesetzt, und Erpressung ist und bleibt für meine Begriffe ein Straftatbestand. *(Applaus)*

In dieser Situation wäre ich dafür, mit der ganzen EU-Fördergeldpolitik Schluss zu machen. Die hat doch noch nie richtig funktioniert, jedoch zu einer riesigen Steuergeldverschwendung und der Fehlallokation von Mitteln geführt. Man denke nur an das Thema Agrarförderung und dabei insbesondere an das Stichwort „Olivenplantagen“. Die Vergabe von Fördergeldern macht jedoch auch politische Erpressung möglich und füllt – vom Steuerzahler ganz sicher nicht beabsichtigt – viele zielfremde Taschen.

Die wirklichen Profiteure des ganzen Geld Hin- und Hertransferierens sind wieder einmal unsere lieben Banken, denn die Gelder werden ja erst einmal auf nationaler Ebene eingesammelt werden, dann kommen sie nach Brüssel, um von dort aus wieder ausgeteilt zu werden, also viele nette Überweisungen. Zu den Profiteuren gehören aber auch Heerscharen an Eurokraten und externen Beratern, die diesen Prozess am Laufen halten und kontrollieren, und natürlich die Politiker, die an den Geldquellen sitzen. Dass am Ende an der Basis mittels dieser Gelder durchaus auch mal etwas Vernünftiges entsteht, mag schon vorkommen, ist aber - glaube ich - nicht der tiefere Sinn des Ganzen.

Und selbst bei scheinbar erfolgreichen Projekten frage man lieber nicht nach den vollen gesamtgesellschaftlichen Kosten und Nebenwirkungen. Nichts gegen die Förderung volkswirtschaftlich wünschenswerter Investitionen in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Bereich, es müsste aber einmal geprüft werden, ob dies nicht auch auf nationaler Ebene, ohne - durch den Umweg über Brüssel - Massen an Parasiten fett zu machen, praktiziert werden könnte. *(Applaus)*

3. Dialog untereinander über wirkliche Probleme. Ganz wichtig finde ich, dass man mit allen Beteiligten über die wirklichen Probleme spricht und nicht etwa

über aufgezwungene künstliche, fiktive Themen wie zum Beispiel die vermeintlich abgeschaffte Pressefreiheit in Ungarn. Wir haben in Ungarn sehr viele wirkliche Probleme sowohl auf dem Feld der Politik, als auch bei der Wirtschaft. Es gäbe genug reale Themen, über die man durchaus diskutieren sollte. Und wo es auch wichtig wäre, dass die ungarische Regierung von wohlmeinenden Partnern im Ausland Verbesserungsvorschläge bekommt. Aber indem man sich auf reale Debatten zu fiktiven Themen einlässt, geht so viel wertvolle Zeit verloren, die einem dann bei der Behandlung von wirklich wichtigen Themen fehlt. Das ist sehr schade! Wir sollten uns statt dessen im gegenseitigen Miteinander lieber bemühen, uns nur den relevanten realen Themen zuzuwenden und diese miteinander zu diskutieren, statt uns erbittert bei Pseudothemen zu bekämpfen und dabei die Schwächeren in Wagenburgen zu drängen.

4. Direkter Dialog. Über Landesgrenze hinweg sollten wir verstärkt den direkten Dialog miteinander suchen - so wie heute Abend hier. Ich habe hier heute Abend beispielsweise die Möglichkeit, jedem zu erzählen, wie es mit der Pressefreiheit in Ungarn aus meiner Warte aussieht und ich kann morgen mit dem befriedigenden Gefühl wieder nach Budapest fahren, dass ich zumindest Ihnen hier, immerhin etwa 400 Leute, nahegebracht habe, dass es bei uns in Ungarn etwa um die Pressefreiheit gar nicht so schlecht bestellt ist, wie in linken Zeitungen immer wieder behauptet wird. Wir sollten vermehrt direkt miteinander sprechen - und jetzt rede ich gegen meinen Berufsstand – auch bewusst unter Umgehung der Medien. *(Applaus)*

Diese Bemerkung ist an sich traurig, aber leider den Tatsachen geschuldet. Welche großen deutschsprachigen Medien berichten denn noch korrekt über Ungarn? In Deutschland vielleicht noch die FAZ, denn der von Wien aus arbeitende Korrespondent Reinhard Olt macht einen korrekten Job. Aber damit hat es sich auch fast schon. Hier in Österreich wüsste ich nicht, welche Tageszeitung ich Ihnen empfehlen sollte, um sich vernünftig über Ungarn zu informieren. Ich kenne zumindest keine. *(Heiterkeit, Applaus)*

5. Europa den Europäern. Europäische Bürgerkriege haben noch nie zu etwas Gutem geführt. Insbesondere in der gegenwärtigen Situation der Bedrohung unseres Kontinents durch vielfältige außereuropäische Kräfte sollten wir uns um mehr Einheit bemühen und um die gemeinsame Verteidigung europäischer Werte. Es kann nicht sein, dass etwa angelsächsische Ratingagenturen wie Wölfe unbehelligt um die europäischen Staaten streichen können, die sich wie Schafe eins nach dem anderen reißen lassen. Dabei besäßen die europäischen Länder, wenn sie sich denn einig wären und sie es mit dem europäischen

Gedanken wirklich ernst meinten, ohne Weiteres die Kraft, die feindlichen Wölfe wenn nicht gar bei einem Angriff zu erschlagen, so sie doch zumindest über einen festen Zaun auf Distance zu halten. Das gleiche gilt für angeblich wohlmeinende angelsächsische Berater und deren Rezepte.

6. Aufklärung. Ganz wichtig finde ich auch die Aufklärung. Die zuvor von mir geäußerten Gedankengänge und geschilderten Zusammenhänge sind ja nicht hochkompliziert. Es wäre die Aufgabe, die Bürger über grundlegende Zusammenhänge in Kenntnis zu setzen. Ihnen genau zu sagen, was hier für Humbug mit ihrem Vertrauen getrieben worden ist, und wie sie noch immer nach Strich und Faden über den Tisch gezogen werden.

Es geht hier um ganz einfache ökonomische Gesetzmäßigkeiten, über die man immer wieder sprechen muss. Um nicht zuletzt die naive Eurogläubigkeit vieler zu zerstören, und die vielen falschen Klischeevorstellungen. „Wenn der Euro kaputtgeht, dann geht Europa kaputt und dann haben wir Krieg...“ All diese dummen Phrasen gehören weggeblasen! Die Bürger müssen wieder an die Realität, an ihre, an die echte europäische Realität herangeführt werden!

Das, was schief gelaufen ist, liegt so offensichtlich auf den Tisch, da braucht man keine großen wissenschaftlichen Forschungen mehr anzustellen. Da bedarf es einfach nur des Mutes, die Dinge so klar auszusprechen wie sie vor dem gesunden Menschenverstand liegen.

Eine gewisse eigene Bildung in grundlegenden wirtschaftlichen Fragen ist dabei aber unumgänglich. Machen wir uns zu Nutze, dass etwa die Bücher der Eurokritiker frei erhältlich sind und ihre aus den öffentlich-rechtlichen Medien nahezu verbannten Wortäußerungen dank des Internets für jeden frei zur Verfügung stehen. Machen wir von diesen großartigen Möglichkeiten Gebrauch!

7. Überwindung des Denkens in Rechts-Links-Schemata. Ich habe Ihnen zuvor aufgezeigt, dass es in der Politik von Orbán neben klassischen konservativen Themen wie Nation, Familie, christliche Werte auch durchaus gewisse linke Aspekte gibt. Das zeigt wieder einmal, dass das Denken in rechten und linken Schablonen nicht mehr zeitgemäß ist. Die Frage ist doch heute nicht mehr, ob jemand rechts oder links ist, sondern vielmehr, ob er die Interessen seines Landes und dessen Bürger vertritt oder nicht.

Ausgehend von diesem unverstellten Denken sind Bündniskonstruktionen mit ganz anderen Parteien und Wählerschichten als bisher möglich. Das ewige Auseinanderdividieren von politisch aktiven Menschen anhand scheinbar unüberbrückbarer Gegensätze ist ein altes Rezept zur Schwächung von Völkern und nützt nur dem gemeinsamen Gegner.

Auch bei den Linken in Deutschland oder Österreich gibt es viele Menschen, die es einfach nur gut meinen, aber von einer großen politischen Naivität geschlagen sind und sich so zu nützlichen Idioten degradieren lassen. Was aber inzwischen von linker Seite so alles an sehr konkreter und fundierter Kritik an den internationalen Finanzmärkten und einigen Auswüchsen des Kapitalismus zu hören ist, kann einen als Patrioten durchaus hoffnungsfroh stimmen. Da wachsen unter falschem politischem Vorzeichen durchaus gute Mitstreiter für unsere Sache heran!

8. Ausgezeichnete Kommunikation. Wer sich derzeit als deutscher, österreichischer oder ungarischer Patriot zu Wehr setzt, tut dies aus einer Minderheitensituation heraus. Will er bei diesen Kräfteverhältnissen Erfolg haben, dann muss er ausgezeichnet kommunizieren und darf seinen Gegnern nur eine minimale Angriffsfläche bieten. Die ungarische Regierung und Orbán haben es hingegen immer wieder durch eine suboptimale Kommunikation hervorragend verstanden, ihren politischen Gegnern im In- und Ausland ein Übermaß an Angriffsfläche zu bieten. Ich bitte Sie, seien Sie hier vorsichtig. Legen Sie sich mit EU, IWF & Co. nie frontal an. Das bringt nichts. Noch sitzen diese Kräfte am längeren Hebel. Diese bittere Lektion musste die ungarische Regierung erst lernen.

9. Kein Denken in nationalen Stereotypen übereinander. Dieses wird teilweise von den Medien bewusst künstlich geschürt. Ich nehme aber einmal an, ein Grieche, der im Zuge der Krise seine Existenz verloren hat, sitzt im selben Boot, wie ein US-Amerikaner, der durch die Subprime-Krise sein Dach über dem Kopf verloren hat oder ein Ungar, dem durch das Verbrechen mit den Devisenkrediten Gleiches widerfahren ist. Das sind alles potenzielle Verbündete im Kampf gegen einen gemeinsamen Gegner!

Wir sollten verhindern, wie es jetzt schon wieder lebhaft passiert, dass Völker gegen andere Völker ausgespielt und aufgehetzt werden. Die „faulen Griechen“, oder die „diktatorischeren Deutschen“ etc. Nein, die Bürger aller Länder haben ein gemeinsames Problem mit gewissen Interessengruppen, die ich eingangs kurz angesprochen habe. Sind wir auf Erfolg aus, dann müssen wir gegen den gemeinsamen Feind auch gemeinsam zu Felde ziehen. (*Applaus*)

Wir brauchen, auch das hört sich zunächst widersprüchlich an: eine Art patriotischer Internationale, ein gemeinsames Miteinander von allen Kräften, die an der Gesundung und am anschließenden Wiederaufblühen ihrer jeweiligen Vaterländer interessiert sind. Um das aber bewerkstelligen zu können, müssen wir sowohl die Triebkräfte besser kennen, die hinter den

gegenwärtigen Prozessen stehen, als auch vorurteilsfrei und offen miteinander zusammenarbeiten.

Wenn wir mit unserer heutigen Veranstaltung ein wenig dazu beitragen konnten, dann hat es sich schon gelohnt, an diesem Abend mit seinen hochsommerlichen Temperaturen hier in Wien zusammenzukommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (*Applaus*)